A-01

Zukunft ist, was wir draus machen

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN

42. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
25. November 2017, Berlin

Gremium:	Bundesvorstand
Beschlussdatum:	22.11.2017
Tagesordnungspunkt:	A Aussprache Bundestagswahl

Die Bundestagswahl hat ein Ergebnis ohne eindeutige politische Mehrheitsverhältnisse erbracht. Dabei haben wir uns nach einem harten Wahlkampf mit dem bisher zweitbesten Ergebnis unserer Geschichte behauptet. Unsere Ziele, ein deutlich zweistelliges Wahlergebnis zu holen und dritte Kraft zu werden, konnten wir leider nicht erreichen. Doch gerade in den letzten Tagen vor der Wahl konnten wir noch mal sehr viele Bürgerinnen und Bürger für uns gewinnen. Besonders stark haben wir bei Frauen und jungen Menschen abgeschnitten. Darauf wollen wir aufbauen und mit neuer Kraft dran gehen, mehr Menschen für grüne Politik und die Demokratie zu begeistern. Ganz herzlichen Dank an alle unsere Wahlkämpferinnen und Wahlkämpfer, die mit vollem Einsatz in diesen Wahlkampf gegangen sind.

Unsere Wählerinnen und Wähler haben sich mit ihrer Stimme für echten Klimaschutz, gelingende Integration in einer offenen und freien Gesellschaft, soziale Gerechtigkeit und ein starkes, solidarisches Europa ausgesprochen. Das Vertrauen der Wählerinnen und Wähler ist uns Verpflichtung, mit vollem Einsatz für diese Ziele zu kämpfen, für unsere Werte einzustehen und Verantwortung für das Gelingen unserer Demokratie zu übernehmen.

Zu dieser Verantwortung gehört für uns auch die Bereitschaft, bei unklaren Mehrheitsverhältnissen eine stabile Regierungskoalition zu bilden. Aus dieser Verantwortung heraus haben wir mit CDU, CSU und FDP Sondierungsgespräche geführt. Diese Sondierungen haben sich erwartungsgemäß als sehr schwierig herausgestellt. Wir haben sehr ernsthaft und ausdauernd über eine Zusammenarbeit von Parteien verhandelt, die inhaltlich weit auseinander liegen.

Wir danken unserer Sondierungsgruppe unter der Leitung von Katrin Göring-Eckardt und Cem Özdemir für ihren Einsatz. Sie hat standfest, geschlossen und mit großer Ernsthaftigkeit verhandelt. Sie hat Brücken gebaut zwischen unseren Positionen und denen der anderen, um so zu Kompromissen zu gelangen, die unser Land voranbringen. Denn wir Grüne kämpfen für Fortschritt, damit dieses Land ökologischer, gerechter und weltoffener wird.

Weil wir wirklich etwas erreichen wollten, sind wir auf der Suche nach Kompromissen auch an unsere Schmerzgrenzen gegangen, mitunter auch darüber. Die Sondierungsgruppe hat Positionen und Kompromissmöglichkeiten immer wieder gründlich diskutiert und in der Gesamtschau auf der Grundlage unserer Werte und Ziele abgewogen, bevor sie auf den Verhandlungstisch gelegt wurden. Dabei galt stets das Prinzip: „Nichts ist geeinigt, bevor nicht alles geeinigt ist.“ Alle Einigungsperspektiven in Teilbereichen und alle Kompromissangebote standen immer unter dem Vorbehalt einer für uns tragfähigen Gesamteinigung.

Am letzten Wochenende der Sondierungen zeichnete sich ein Gesamtpaket ab, das es allen Partnern wahrscheinlich ermöglicht hätte, die Sondierungen abzuschließen. Wir waren einer Einigung nahe und hätten viel erreichen können, vom Kohleausstieg über eine nachhaltige Landwirtschaft, die Bekämpfung von Kinderarmut, die Eingrenzung von Rüstungsexporten bis zum
Familiennachzug für subsidiär Geschützte. Eine solche Einigung hätte auch harte und schmerzhafte Kompromisse beinhaltet, zum Beispiel in der Flüchtlings-, Außen-, Europa- oder Steuerpolitik. Die Entscheidung, dieses Gesamtpaket zu bewerten und Koalitionsverhandlungen aufzunehmen, hätte dann bei der BDK gelegen.

Es ist gutes Recht aller beteiligten Parteien, ein solch schwieriges Bündnis nicht einzugehen. Es gibt keinen Automatismus zu einer Regierungsbeteiligung. Zu einem Zeitpunkt, in dem eine Einigung so greifbar wie noch nie während der Sondierungen war, brach die FDP die Gespräche inhaltlich unbegründet und nicht verantwortlich ab. Es fehlte der FDP offenbar der Mut zur Einigung und damit der Mut zur Übernahme von Verantwortung.

Deutschland befindet sich nun in einer Lage, die es so nach einer Bundestagswahl noch nie gegeben hat. Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier kommt in dieser Situation eine bedeutende Rolle zu. Wir Grüne sind und bleiben gesprächsbereit. Unsere Grundlage ist unser Wahlprogramm, verdichtet im Zehn-Punkte-Plan.

Der Wahlkampf und der Sondierungsprozess haben gezeigt, dass unser eigenständiger Kurs trägt, gerade angesichts eines sich auffächernden Parteiensystems. Dabei haben wir einen klaren Gestaltungsanspruch. Wir regieren derzeit in neun Ländern in acht verschiedenen Konstellationen - mit einer klaren Verortung als ökologische, emanzipatorische Partei der linken Mitte. Diese Verortung hat uns Kraft und Klarheit im Wahlkampf und den Sondierungen gegeben. Als Partei der linken Mitte werden wir auch die anstehenden Herausforderungen angehen. Wir werden mit ganzer Kraft den Dialog mit gesellschaftlichen Gruppen suchen und verstärken.

Es braucht Mut zu Veränderungen, um unser Land, ein solidarisches Europa und eine gerechte Welt voranzubringen. Es kann wahrlich keine Rede davon sein, dass es zwischen den Parteien keine Unterschiede mehr gibt. Das haben diese harten Verhandlungen sehr deutlich gemacht. Herausforderungen löst nicht, wer bloß über Erfolge von gestern redet und sich darauf ausruht. Wir wollen Fortschritt erkämpfen. Mit vielen Verbündeten. Auch für diejenigen, die noch nicht an ihm teilhaben. Deshalb übernehmen wir Verantwortung für das Klima und die Umwelt. Für gelingende Integration sowie Humanität und Ordnung in der Flüchtlingspolitik. Für den Zusammenhalt in einem Land, in dem sich jede und jeder verwirklichen kann. Für ein starkes Europa und eine gerechte Welt. Wir waren in den Sondierungen bereit, Kompromisse einzugehen, um diese schwierige Zusammenarbeit der Parteien möglich zu machen. Dabei war immer klar, dass wir nicht 100% Grün werden durchsetzen können. Aber das heißt im Umkehrschluss nicht, dass wir nicht mehr für unsere Überzeugungen eintreten. Das Gegenteil ist der Fall: Wir waren bereit, Kompromisse zu machen, weil diese Schritte in die richtige Richtung gewesen wären. Sollte es erneute Sondierungsgespräche geben, würden wir diese erneut auf der Grundlage unserer im Wahlprogramm beschlossenen Kernvorhaben und Ziele führen.

Wenn es zu Neuwahlen Anfang 2018 kommen sollte, wird der Bundesvorstand beauftragt, eine Aktualisierung der Präambel des Bundestagswahlprogramms und des 10-Punkte-Plans bis zur

BDK
im Januar vorzunehmen und dieser vorzulegen.

Begründung

mündlich

Begründung der Dringlichkeit: Der Antrag konnte erst nach Antragsschluss eingereicht werden, weil er sich auf das Ergebnis der Sondierungen bezieht. Entsprechend haben wir den Antrag in der Einladung zur BDK angekündigt.